

Her mit dem Berlin-Pass!

Seit über einem Jahr gibt es jetzt das Drama mit dem Sozialticket Berlin und einem dafür nötigen Berechtigungsnachweis. Bis Ende 2022 gab es dafür den Berlin-Pass. Das war ein einfaches Papierdokument mit Foto und Amtsstempel, ausgestellt in paar Minuten auf einem Bürgeramt gegen Vorzeigen eines gültigen Leistungsbescheides vom Jobcenter oder Wohngeldamt. Einfach und billig für die Verwaltung. Dieser Pass war nicht nur für ein günstiges BVG-Ticket gedacht, sondern vor allem auch für Vergünstigungen im kulturellen und sozialen Bereich, um Menschen mit wenig Geld Teilhabe zu ermöglichen.

Ausgerechnet eine linke Sozialsenatorin schafft dieses einfache Verfahren ab zugunsten eines bürokratischen Verfahrens, mit Berechtigungsnachweisen, QR-Codes, die wiederum Voraussetzung für die Beantragung einer VBB-Kundenkarte sind. Dafür war ein Online-Verfahren nötig, das nicht funktionierte, dann Übergangsregelungen, dann analoge Anträge und und und. Eine eigene Agentur wurde dafür beauftragt. Wir fragen uns: Wieviel Geld wurde für diese nicht funktionierende Umstellung ausgegeben und wer hat da kassiert?

Einige Betroffene aus Neukölln wehrten sich mit Flyern, Plakaten, Aktionen vor der BVG-Zahlstelle, Offenen Briefen an Verwaltung und Abgeordnete usw. Aber viel mehr Menschen machten ihren Unmut Luft. Jobcenter, Kundenzentren, Senatsverwaltung, Politiker*innen klagten über massive Beschwerden. Es gebe Feindseligkeiten bei Kontrollen, "Situationen" in Jobcentern und Ausschreitungen in Kundenzentren. Es gab Sitzungen des Sozialausschusses im Abgeordnetenhaus Berlin, die sich mit dem Sozialticket-Murks befassten und dann mehrheitlich die Verwaltung zum Umdenken aufforderten.

Nun soll wieder eine Übergangsregelung in Kraft treten, bei der die Vorlage des aktuellen Leistungsbescheides für ein Sozialticket und die anderen Vergünstigungen ausreicht. Trotzdem wird weiter über ein neues digitales Verfahren nachgedacht, die Grünen erwarten eine digitale Lösung „in Form einer App“ und Giffey redet von einer automatischen Übermittlung von Daten des Jobcenter an die BVG. (Datenschutz ?)

Was soll dieser magische Glauben an Digitalisierung, als wäre das die Lösung aller Probleme? Dabei hat sich gerade hier gezeigt, was für Schikanen dabei herauskommen, die die Betroffenen dann ausbaden müssen. Nicht alle haben Smartphones und wollen auch keins, weil sie keine Lust drauf haben, permanent ihre Daten an IT-Konzerne und Staatsorgane zu senden. Soziale Probleme können nicht technisch gelöst werden.

Wir fordern:

Bußgeldverfahren der BVG einstellen und unrechtmässige Straf gelder erstatten!

Digitalisierungsvorhaben stoppen!

Sofortige Wiedereinführung des Berlin-Pass!

Letztendlich muss der ÖPNV kostenlos sein!

Betroffene aus Neukölln, 18.1.2024

Kontakt: wirsindviele@riseup.net

Eine Übersicht zu Problemen des Berlin-Ticket S und den Widerstand dagegen gibt es hier : <https://nk44.nostate.net/informationen/infolyer/probleme-des-berlin-ticket-s-und-der-widerstand-dagegen/>